

Pulsnitzer Wochenblatt

— Fernsprecher Nr. 18 —

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder — auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 7.50 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 7.—, monatlich M 2.35, durch die Post abgeholt M 7.50.

Amts-Blatt

des Amtsgerichts, des Stadtrates zu Pulsnitz und der Gemeindeämter des Bezirks.
Postcheck-Konto Leipzig 24 127. — Gemeinde-Konto 146.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gepaltene Beizeile (Motte's Zeilenmesser 14) 100 Pfa., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 85 Pfa. im Amtsgerichtsbezirk 70 Pfa. Amtl. Zeile M 3.—, 2.50 und 2.10. Kell. M 2.— Bei Wiederhlg. Rabatt. Zeitraumber und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall v. Preisnachl. in Anrechnung.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr 265.

umfassend die Ortsgemeinden: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großhörnisdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr). Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 101.

Donnerstag, den 8. Juli 1920.

72. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Fleisch-, Butter-, Margarine und Fett-Verteilung.

Auf Abschnitt W der Reichsfleischkarte gelangen für Personen, die über 6 Jahre alt sind, 250 g, für Personen unter 6 Jahren 125 g Fleisch einschließlich Wurst zur Verteilung.

1 Pfund Rindfleisch	kostet 9.60 M.
1 " Kalbfleisch	" 9.40 "
1 " Wurst	" 7.— "
250 Gramm Rindfleisch	kosten 4.80 "
125 " "	" 2.40 "
250 " Kalbfleisch	" 4.70 "
125 " "	" 2.35 "

Die Fleischbezugskarten der Gastwirtschaften werden in der doppelten Höhe und die Krankenkarten mit 1 Pfund beliefert.

Auf Abschnitt V der Landesfettkarte dürfen $\frac{1}{10}$ Pfund Butter zum Preise von 1.10 M und 100 Gramm Margarine zum Preise von 2.50 M und auf Abschnitt 21 der gelben Fettzuteilungskarte 50 g Kokos- oder Kunstspeisefett zum Preise von 1,75 M verteilt werden.

Kamenz, am 5. Juli 1920.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

Brotstreckung.

Auf Anordnung der Landesgetreidestelle ist das Roggenbrot und Weißgebäck sofort unter Verwendung von 20 Prozent Streckungsmitteln (Maismehl, Bohnenmehl, Hafermehl) herzustellen. Die Streckung hat in der Weise zu erfolgen, soweit die entsprechenden Bestände verfügbar sind, daß auf 80 Teile Mehl 10 Teile Maismehl, 5 Teile Bohnenmehl und 5 Teile Hafermehl zu verwenden sind. Im übrigen gilt folgendes:

1. Zur Herstellung von einem 1900-Gramm-Brot (Gewicht 24 Stunden nach der Entnahme aus dem Backofen) dürfen demnach einschl. Wirkemehl und Verstaubung insgesamt höchstens 1117,67 Gramm Mehl verwendet werden.

Eine Menge von insgesamt 80 Pfund Roggenmehl zuzüglich 20 Pfund Streckungsmehlen muß also eine Ausbeute von 136 Pfund Brot ergeben.

Jedes Stück Weißgebäck (Semmel) muß nach wie vor beim Backen ein Durchschnittsgewicht von 90 Gramm haben. Zur Herstellung eines solchen Weißgebäckes dürfen künftig jedoch höchstens 58,83 Gramm Weizenmehl verwendet werden.

2. Zur Herstellung der auf einen Abschnitt der Brotmarke abzugebenden Mengen von 75 Gramm Zwieback dürfen künftig höchstens 58,83 Gramm Mehl verwendet werden.

3. Bei Abgabe von Mehl auf Brotmarken ist zu beachten, daß künftig auf eine ganze Brotmarke nur noch 200 Gramm, einen Abschnitt einer Brotmarke nur noch 55 Gramm Roggen- oder Weizenmehl abgegeben werden dürfen.

Die vorstehenden Streckungsvorschriften gelten nicht für Selbstversorger.

Trotz der angeordneten Streckung des Roggenbrotes und Weißgebäckes bleiben die jetzigen Preise bestehen.

Vorstehende Bekanntmachung gilt auch für die Städte Kamenz und Pulsnitz.

Kamenz und Pulsnitz, am 7. Juli 1920.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

Der Stadtrat zu Kamenz. Der Stadtrat zu Pulsnitz.

Sonntag, den 18., und Montag, den 19. Juli 1920

Krammarkt in Pulsnitz.

Das Wichtigste.

9,5 Milliarden Fehlbetrag im Reiche. Laut einer Mitteilung von parlamentarischer Seite schließt das dritte Quartal des Rechnungsjahres des Reichsetats 1919 und 1920 (April—Juni) mit 9,5 Milliarden Mark Fehlbetrag ab. In Griechenland ist die Jahresklasse 1905 unter die Fahnen gerufen worden.

Die Konferenz von Spa.

Spa, 6. Juli. (Die gestrige Sitzung in Spa.) Der Verlauf der heutigen Sitzung ist nicht glatt gewesen, aber, der Gang, der ausschließlich von Lloyd Georges geführten Verhandlungen bewies, daß man wirklich verhandeln will. Reichswehrminister Dr. Geßler hielt auf Aufforderung des Vorsitzenden de la Croix eine Rede, die den deutschen Standpunkt in der Entwaffnungsfrage auseinandersetzte, die alliierten Forderungen im wesentlichen ablehnte, aber ohne einen eigenen Vorschlag zu bringen. Lloyd George erklärte sich darüber tief enttäuscht, aber sagte dies in ruhiger Tone. Er schloß daraus, daß Deutschland den Vertrag nicht erfüllen wolle. Hierauf griff Simons ein. Er wies auf die enge Verbindung zwischen dem Weiterbestehen des Rechtes unserer Wehrmacht und der Möglich-

keit einer Entscheidung hin. Hierauf fand de la Croix, der Vorsitzende, den Ausweg, daß es sich, wenn er Lloyd George und die Deutschen recht verstehe, um die Modalität der Ausführung des Friedensvertrages handle. Es folgte eine Teepause, und die Alliierten berieten. Dann teilte Lloyd George mit, daß die Alliierten bis morgen mittag Vorschläge erwarten, insbesonders auf die Truppenzahl, besonders aber auch auf die Auslieferung des Waffenmaterials des deutschen Heeres. Hierauf nahm Feinbach zu längeren Ausführungen das Wort. Deutschland bedürfe einer gewissen Macht im Innern, damit die Regierung, die fest entschlossen sei, den Friedensvertrag zu erfüllen, ihre Absicht auch durchführen könne. Deutschland drohe außerdem die Gefahr von Osten. Hierauf erfolgte ein neuer Ausdruck des Bedauerns seitens Lloyd George. Allgemeine Versicherungen könne er nicht nach England zurückbringen. Sahin müsse er sich bald begeben. Es sei ihm eine streng sachliche, nicht zurückblickende Auseinandersetzung mit den deutschen Delegierten erwünscht. Man müsse in die Zukunft schauen.

Spa, 8. Juli. (Die Sitzung am 7. Juli.) Der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union meldet: Zu Beginn der heutigen Sitzung sprach Reichskanzler Feinbach sein Bedauern darüber aus, daß angesichts der Schwierigkeiten in der Entwaffnungsfrage die Gegenseite nicht damit einverstanden sei, die militärischen Fragen im Zusammenhang zu besprechen. Er teilte sodann mit, daß die deutschen Delegierten entschlossen seien, die Wünsche der Alliierten nach

Vorlegung bestimmter Vorschläge in der Entwaffnungsfrage zu erfüllen. Minister Simons wies daraufhin, daß Deutschland hoffen dürfe, auch seinerseits gewisse Erwartungen erfüllt zu sehen. Zunächst dürfe die Entwaffnung nicht im ganzen Reichsgebiet gleichzeitig vorgenommen werden. Sodann werde es notwendig, daß die Alliierten in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht Deutschland Unterstützung angeboteln lassen. Ferner hege man auf deutscher Seite die Erwartung, daß der Verband die Bemühungen Deutschlands, den Waffenschmuggel in den besetzten Gebieten zu unterbinden, unterstützen werde. General von Seeckt schloß hierauf an der Hand umfangreicher statistischer Materials, dessen amtlichen Charakter er einer Frage Lloyd Georges gegenüber betonte, den gegenwärtigen Stand der Entwaffnung sowie die Herstellung des Materials. Er betonte, daß ein Zeitraum von 1 1/2 Jahren notwendig sei und zwar so, daß vom 1. Oktober 1920 ab vierteljährlich 10 000, später vierteljährlich 30 000 Mann entlassen werden und in demselben Maße die Brigadestärke herabgesetzt werde. Gewisse Einzelfragen sollen mit den militärischen Sachverständigen auf der Gegenseite besonders beraten werden. Nach der Unterbrechung betonte Lloyd George in längerer Rede, daß die Forderungen der Alliierten nicht ein Mißtrauen gegen die gegenwärtige deutsche Regierung zugrunde läge. Siege jedoch eine Gefahr darin, die der deutschen Regierung einen Schauer beibringen müsse, daß 3 Millionen Gewehr- und zahlreiches Material im Lande zerstreut seien. Er m

Umsatzsteuer.

Die nach §§ 18, 21 und 28 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 steuerpflichtigen Personen, Gesellschaften und Personvereinigungen in Pulsnitz Sa. werden hierdurch aufgefordert, die Steuererklärungen auf den Steuerabschnitt 1. Januar bis 30. Juni 1920

bis spätestens Ende dieses Monats

bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramt einzureichen.

Steuerpflichtige, denen kein Vordruck zugehen sollte, können solche in der Stadtsteuereinnahme kostenlos entnehmen.

Wer die Steuererklärung nicht abgibt, macht sich der Steuerhinterziehung schuldig, die mit dem Wachen des hinterzogenen Betrages oder mit Gefängnis bestraft wird.

Pulsnitz Sa., am 7. Juli 1920.

Der Stadtrat als Umsatzsteueramt.

Bekanntmachung.

Der für den 13. Juli 1920 in der Stadt Pulsnitz angelegte

Viehmarkt

fällt wegen Maul- und Klauenseuchegefahr aus.

Pulsnitz, am 6. Juli 1920.

Der Rat der Stadt.

Fett-Verkauf

findet Sonnabend, den 10. Juli 1920, von 8—1 Uhr vormittags und 3—5 Uhr nachmittags im städtischen Freibankgebäude statt. Preis à Pfd. 22,50 M.

Pulsnitz, am 8. Juli 1920.

Der Rat der Stadt.

Die Ausgabe der neuen Brot- und Fleischkarten

findet Freitag und Sonnabend, den 9. und 10. Juli 1920, im Ratskeller 1 Treppe, wie folgt statt:

Freitag, den 9. Juli 1920:		
Brotkartennummer	1—100	8—9 Uhr vorm.
"	101—200	9—10 "
"	201—300	10—11 "
"	301—400	11—12 "
"	401—500	12—1 "
"	501—600	8—4 "
"	601—700	4—5 "
"	701—800	5—6 "

Sonnabend, den 10. Juli 1920:

Brotkartennummer	801—950	von 8—9 Uhr vorm.
"	951—1100	" 9—10 "
"	1101—1265	" 10—11 "

Gleichzeitig findet Ausgabe von Spirituskarten für Kinder und Kranke statt. Die Abholungszeiten sind pünktlich innezuhalten und die Marken sofort nach Empfang zu prüfen.

Pulsnitz, am 7. Juli 1920.

Der Rat der Stadt.